

## Meldungen

### Kapitalabzug aus Schwellenländern

Die Aktienindizes und Wechselkurse wichtiger Schwellenländer sind im Januar eingebrochen, weil Anleger Geld aus diesen Volkswirtschaften abzogen. Den Trend verstärkte die Ankündigung der US-Zentralbank Federal Reserve (Fed), ihre Geldpolitik allmählich strenger zu gestalten. Die Fed teilte mit, sie werde zwar die Leitzinsen nicht erhöhen, aber monatlich 10 Milliarden Dollar weniger für „Quantitative Easing“ ausgeben. Quantitative Easing

heißt eine unorthodoxe Strategie, Staatsschulden und andere Wertpapiere zu kaufen, um die Marktzinsen niedrig zu halten. In der Praxis ist das ähnlich wie Geld drucken. Auch die Europäische Zentralbank verfolgt eine ähnliche Strategie.

Nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise transferierten viele Investoren billiges Geld aus Amerika und Europa in Schwellenländer, wo höhere Erträge winkten. Die Aussicht darauf, dass die US-Volkswirtschaft stärker wird, macht nun aber Anla-

gen dort wieder attraktiver (siehe Interview mit Iwan J. Azis in D+C/E+Z 2013/12, S. 480 f). Entsprechend wird Kapital dort knapper. (dem)

### Zentrum für Strafrecht Lateinamerikas

Die Universität Göttingen widmet künftig Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit. Dafür sorgt die neue Forschungsstelle für lateinamerikanisches Straf- und Strafprozessrecht CEPAL (Centro de Estudios de Derecho Penal y Procesal Penal Latinoamericano). Die

Arbeit wurde mit einem Seminar über Rechtsfragen des kolumbianischen Friedensprozess aufgenommen, das in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet wurde.

Für dieses Jahr kündigt CEPAL zwei weitere Seminare über die Polizei in Brasilien und Geldwäsche in Peru sowie einen Kurs zu Grundproblemen der Strafjustiz für brasilianische Juristen an. Die Arbeitssprachen von CEPAL sind Spanisch und Portugiesisch. Die Einrichtung wird auch Gutachten anfertigen. (sb)

## Monitor

### Fragwürdige Wiederwahl

Die Awami League, die Partei von Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina (auf Wahlplakat unten abgebildet), hat bei der Parlamentswahl Anfang Januar zusammen mit ihren Koalitionspartnern eine Dreiviertelmehrheit gewonnen. Allerdings nahmen laut offiziellen Angaben nur 40 Prozent der Stimmberechtigten daran teil. Unabhängige Beobachter halten selbst die angegebene Quote für zu hoch, denn die Oppositionsparteien hatten zum Boykott aufgerufen. In über

der Hälfte der Wahlkreise kandidierte niemand gegen die jeweiligen Bewerber der Regierungskoalition.

Sheikh Hasina hatte sich geweigert, eine technokratische Übergangsregierung die Wahl durchführen zu lassen, wie das seit 1996 üblich war. Dies verärgerte die Opposition. Eine Rolle spielte auch Islamismus, denn der fundamentalistisch-religiösen Partei Jamaat-e-Islami war die Kandidatur untersagt worden. Das Oppositionsbünd-

nis unter Führung der Bangladesh Nationalist Party (BNP) organisierte daraufhin Proteste. Allein am Wahltag wurden Dutzende getötet.

2013 war in Bangladesch ein besonders blutiges Jahr. Rund 500 Menschen kamen bei Krawallen um. Zu den Auslösern gehörten auch international umstrittene Prozesse, die Verbrechen aus dem Krieg aufarbeiten sollten, der 1971 mit der Unabhängigkeit des Landes von Pakistan endete. Damals unterstützte Jamaat-e-Islami die pakistanische Armee. Einer ihrer Spitzenvertreter, Abdul Quader Mollah, wurde wegen vor über 40 Jahren begangener Taten im vergangenen Jahr zum Tode verurteilt und hingerichtet (zum Hintergrund siehe Essay von Abdullah Al-Farooq in E+Z/D+C 2013/04, S. 172 f.).

Die Awami League betont die Bedeutung der bengalischen Sprache für die Identität der Nation, die BNP den Islam. Die persönliche Verstrickung von Sheikh Hasina und Khaleda Zia, der Spitzenfrau der BNP, in die traumatische Geschichte Bangladeschs trägt zu den Problemen bei. Sheikh Hasina ist die Tochter des von Militärs ermordeten ersten Premierministers Sheikh Mujibur Rahman. Khaleda Zia ist die Witwe des Generals und ehemaligen Präsidenten Ziaur Rahman, der seinerseits ermordet wurde. Beide Frauen empfinden intensive persönliche Abneigung. (dem)



Rajesh Kumar Singh/picture-alliance/dpa